

**Der Bundesminister
des Auswärtigen**

Bonn, den 23. Juli 1963

L 1 — 86.13

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Unterstützung des Internationalen Instituts für die
Vereinheitlichung des Privatrechtes**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Wahl, Bauer
(Würzburg), Dr. Stammberger und Genossen
— Drucksache IV/1409 —**

Die Kleine Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit den
Herren Bundesministern der Finanzen und der Justiz wie folgt:

Dem Buchstaben a der Empfehlung Nr. 363 der Beratenden Ver-
sammlung des Europarats über die Unterstützung des Inter-
nationalen Instituts für die Vereinheitlichung des Privatrechtes
in Rom hat die Bundesregierung bereits entsprochen. Sie hat
sich bereit erklärt, ihren Beitrag ab 1. Januar 1963 nach der
Beitragsklasse I (= 10 000 sfrs) zu entrichten. Der Ansatz
für den erhöhten Jahresbeitrag (Kap. 07 01 Tit. 675) ist durch
die gesetzgebenden Körperschaften bereits gebilligt.

Sofern die Generalversammlung des Instituts einen entspre-
chenden Beschluß den Mitgliedsregierungen zur Zustimmung
vorlegen sollte, wird die Bundesregierung den Antrag auf Zu-
stimmung wohlwollend prüfen.

Die Bundesregierung befürwortet eine angemessene Abgeltung
der von dem Internationalen Institut an den Europarat erbrach-
ten Leistungen. Zur Zeit ist jedoch noch unbekannt, in welcher
Höhe das Generalsekretariat des Europarats eine Abgeltung
der vorbezeichneten Leistungen für angemessen erachtet. Erst
wenn dies mitgeteilt wird, ist eine endgültige Entscheidung
möglich.

Dr. Schröder